

Neue Formen gewerkschaftlicher Jugendarbeit

Oswald Todtenberg wurde 1936 in Magdeburg geboren. Studium in den USA, an der Akademie der Arbeit und an der Universität Frankfurt am Main mit den Schwerpunkten Wirtschaftswissenschaft und Soziologie. Bis 1969 bei der IG Metall in Frankfurt, seither redigiert er die „Solidarität“, herausgegeben vom DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend. Von ihm stammen verschiedene Veröffentlichungen zur Jugendpolitik, darunter das Buch „Du gehörst dir und nicht den Bossen“ (Europäische Verlagsanstalt, 1971).

Hatten sich die Proteste der Studenten bis 1966 noch auf die Verteidigung formal-demokratischer Rechte beschränkt, so ist ihr Kampf zunehmend politischer geworden. Die engagierten Studenten begriffen sehr schnell den Zusammenhang zwischen Vietnam-Krieg und Kapitalismus, zwischen Notstandsgesetzgebung und autoritärem Staat, zwischen katastrophaler Bildungsmisere und Rüstungspolitik. Heute sind es die Lehrlinge und jungen Arbeiter, die gemeinsam mit Schülern und Studenten ihre Fäuste aus der Tasche nehmen und öffentlich Mißstände, hauptsächlich in der Berufsbildung, angehen.

Es sind nicht *die* Lehrlinge, die auf die Straße gehen, sondern nur -wenige; es sind noch wenig genug. Es waren auch nicht *die* Studenten, die gegen den Kapitalismus und seine unmittelbaren und mittelbaren Auswüchse oft spektakulär angegangen sind, aber doch so viele, daß man von einer breiten Politisierung an den Hochschulen sprechen kann. Auch der Teil der engagierten jugendlichen Lohnabhängigen wird von Monat zu Monat größer und ihre Aktionen wirkungsvoller. Die Studenten- und Schülerbewegung, die 1968 ihren Höhepunkt hatte, hat ohne Zweifel eine gewisse Politisierung bei einem Teil der Gewerkschaftsjugend ausgelöst.

Eine bedeutende politische Rolle spielten Lehrlinge und Jungarbeiter auf dem Höhepunkt der Schüler- und Studentenrevolte 1968 zwar nicht.

„Sei es, daß Oberschüler und Studenten mit der Änderung ihrer eigenen Verhältnisse genug zu schaffen hatten, sei es, daß sie gar nicht imstande waren, Lehrlinge über betriebliche Konflikte (denen sie nicht ausgesetzt sind) zu mobilisieren, Tatsache ist jedenfalls, daß auf dem Höhepunkt der Schüler- und Studentenrevolte in Berufsschulen und Lehrbetrieben Ruhe und Ordnung herrschten. Zufrieden wurde von Regierenden darauf hingewiesen, daß der weitaus größte Teil der Jugend nicht rebellierte, sondern fleißig seinen Verpflichtungen nachkäme; die Lehrherren brüsteten sich mit der bewährten betrieblichen Ausbildung, die keine Unruhe herausforderte, und in der Sendung Panorama des Deutschen Fernsehens hieß es als Kommentar zu einem Film über Lehrlinge: Keine Bange, noch ist dieser Lehrling, der sich da im Aufstand probt, ein Einzelgänger. Zweifellos war das im Sommer 1968 nicht untertrieben.“¹⁾

Im Herbst 1968 stimmte schon nicht mehr, was die Springer-Zeitung *Welt am Sonntag* im April 1969 schrieb: „Die Lehrlinge rebellieren nicht, sie sind keine billigen Bierholer. Das beweist die Praxis.“²⁾ Lehrlinge fingen nämlich an, gegen Mißstände in ihrer Ausbildungspraxis anzugehen — erst zaghaft, aber mit immer mehr Mut und größerem Eifer. In Hamburg veranstaltete die Gewerkschaftsjugend im November 1968 die erste Lehrlingsdemonstration. In Essen verteilten Lehrlinge im Frühjahr 1969 Flugblätter auf den Straßen, um auf ihre unerträgliche Situation in der Berufsausbildung

1) Haug/Maessen, in: Was wollen die Lehrlinge?, Fischer-Bücherei, Frankfurt 1971, S. 8.

2) *Welt am Sonntag*, 20. April 1969.

hinzuweisen. Die totale Ruhe und Ordnung unter den Lehrlingen in den Betrieben und Berufsschulen gehörte der Vergangenheit an.

Auswirkungen der Springener Beschlüsse

Allerdings waren diese Lehrlingsaktionen erst sehr bescheidene Versuche, und die Beteiligung der Jugendlichen war noch gering. Auch kam es in dieser Zeit nur in einigen wenigen Großstädten zu solchen Aktionen und fast immer unter Beteiligung oder auf Initiative von Studenten — zumal in dieser Zeit schon Studenten als Teamer in der gewerkschaftlichen Jugendbildungsarbeit tätig waren. In den Mittel- und Kleinstädten und vor allem auf dem Lande hatten die Sparbeschlüsse des DGB-Bundesvorstandes vom 20. 4. 1967, wonach u. a. die Jugendsekretäre des DGB in den DGB-Kreisen abgeschafft wurden, bereits negative Folgen für die gewerkschaftliche Jugendarbeit. Es lösten sich nicht nur gewerkschaftliche Jugendgruppen auf, die wenig Unterstützung der Gewerkschaften hatten, vor allem sahen sich die jungen Lohnabhängigen von den Gewerkschaften im Stich gelassen, wenn es darum ging, außerhalb der Betriebe kollektiv politisch zu arbeiten. Dieses Problem spielte dann auch auf der 7. Bundesjugendkonferenz des DGB am 22./23. November 1968 eine zentrale Rolle⁸⁾. Trotz entsprechender Beschlüsse dieser Konferenz hat der DGB seine „Sparbeschlüsse“ nicht revidiert. So sind die Auswirkungen dieser „Sparbeschlüsse“ gerade heute deutlich spürbar, wo die Lehrlingszentren der Unterstützung der Gewerkschaften bedürfen und die Gewerkschaften ihrerseits über diese Zentren Jugendliche politisieren könnten. Die allgemeine Unterstützung der Arbeit der Lehrlingsgruppen durch Jugendsekretäre in der DGB-Zentrale und in den DGB-Landesbezirken bleibt relativ unwirksam, solange die örtlichen Gewerkschaften die Aktivitäten der Lehrlinge nicht in ihre Politik mit einbeziehen oder sie sogar behindern.

Die Lehrlingssituation wird zum Gegenstand politischer Praxis

Nahezu alle Aktivitäten der Lehrlings- und Jungarbeitergruppen hatten und haben ihren Ursprung in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit; dabei spielt die Jugendbildungsarbeit eine wesentliche, wenn auch noch nicht eine optimale Rolle. Doch diese Gruppen machten auch bald die Erfahrung, daß bestimmte Aktionen nicht im engen gewerkschaftlich-organisatorischen Rahmen organisiert und durchgeführt werden konnten. Durch örtliche Beschlußgremien der Gewerkschaften, auf die Betriebsräte starken Einfluß haben, wurden viele Aktionen der Lehrlingsgruppen abgeblockt. So lösten sich verschiedene Gruppen von der engen organisatorischen Bindung an die Gewerkschaften. Damit vollzog sich zugleich eine Abkehr von der traditionellen gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Mit ihren Freizeitgruppen und Informationsabenden über gewerkschaftspolitische Praxis entsprach sie schon längst nicht mehr den Bedürfnissen der jungen Lohnabhängigen. Dort, wo ihre politische Praxis nicht selbst Gegenstand war, sondern Gegenstand, über den informiert wurde, zogen sich die Jugendlichen bald zurück.

Ausgehend von dem Hamburger Modell des „Jour fix“ der Gewerkschaftsjugend, das vom Bundesjugendausschuß des DGB unterstützt und publizistisch gefördert wurde, gibt es mittlerweile fast 100 Lehrlings- und Jungarbeiterzentren in der Bundesrepublik. Dazu kommen noch zahlreiche Betriebsbasisgruppen sowie betriebliche und überbetriebliche Arbeitskreise, die sich ebenfalls in der Lehrlingsarbeit engagieren. Das sind nicht mehr theoretisch arbeitende Zirkel, wie die alten Bildungsarbeitskreise der Gewerkschaftsjugend der sechziger Jahre, sondern diese Gruppen und Zentren arbeiten politisch-praktisch. Sie bleiben nicht mehr in der Analyse stecken. Fast alle Lehrlings- und Jung-

3) Vgl. Protokoll der 7. Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Braunschweig, 22. und 23. November 1968.

arbeiterzentren begannen und beginnen ihre Aktionen mit Befragungen über die Ausbildungssituation Jugendlicher in den Berufsschulen und Betrieben. Die Ergebnisse wurden Grundlage für politisch praktische Aktionen, denn die Befragungen brachten Mißstände und Konflikte hervor, die den Ausbeutungscharakter der heutigen Berufsausbildung verdeutlichen. Schon zu einem Zeitpunkt, als die Lehrlingszentren noch zahlenmäßig schwach waren, veröffentlichten die Lehrlingsgruppen durch Flugblätter und Pressemeldungen Namen der Betriebe, in denen sie Mißstände und Konflikte ermittelt hatten. In vielen Bereichen hat sich auch die bürgerliche Presse den „Problemen der Lehrlinge“ angenommen; das begünstigte die Wirksamkeit mancher Aktionen.

Neue Formen gewerkschaftlicher Arbeit

Durch die Aktionen der Lehrlingsgruppen haben die Lehrlings- und Jungarbeiterzentren Zuwachs an Jugendlichen — hauptsächlich Lehrlingen — erhalten. Durch das Erkennen gemeinsamer Schwierigkeiten und die Erfahrung, nicht so machtlos zu sein, wie die Jugendlichen immer angenommen hatten, konnten kollektive Aktionsformen entwickelt werden. Die Forderungen der Lehrlingsgruppen waren zunächst: Wegfall ausbildungsfremder Arbeit, Gestaltung der Berufsbildung nach den Erkenntnissen moderner Berufsforschung, mehr theoretischer Unterricht an Berufsschulen, Verkürzung der Ausbildungszeit, überbetriebliche Ausbildungsstätten, alles Forderungen, die dem *individuellen* Interesse der Lehrlinge entsprachen. Durch die Erfahrungen bei Aktionen kamen jedoch bald andere, weitergehende Forderungen hinzu: Demokratisierung der Berufsausbildung, Mitbestimmung der Auszubildenden in allen sie betreffenden Fragen, Streikrecht für Lehrlinge, Integration von „allgemeiner“ und „beruflicher“ Bildung, Ausbildungsstipendium. Diese Forderungen entspringen den *kollektiven* Interessen der Lehrlinge, die erkannt haben, daß durch die Abschaffung partieller Mißstände (ausbildungsfremde Arbeiten etc.) sich ihre Situation nicht grundsätzlich ändert.

Mindestens vier Aspekte so verstandener und praktizierter Arbeit sind wichtig und unterscheiden sich von der früheren Form gewerkschaftlicher Jugendarbeit erheblich:

1. Lehrlingszentren etc. und Betriebsgruppen setzen an bei den betrieblichen und gesellschaftlichen Erfahrungen der Lehrlinge und ihrer politischen Praxis. Damit machen sie gesellschaftliche Erfahrungen und politische Praxis zum Gegenstand der Jugendarbeit.

2. Alle Aktionen und deren Vorbereitung sowie die Arbeit der verschiedenen Gruppen sind darauf gerichtet, die Lehrlinge zu aktivieren, ihnen zu helfen, die Vertretung und Durchsetzung ihrer Interessen nicht allein der institutionalisierten Interessenverwaltung (Jugendvertretung, Betriebsrat, Gewerkschaft, Parlamenten usw.) zu überlassen, sondern selbst mitzuarbeiten.

3. Aus der Erfahrung heraus, daß die institutionalisierte Interessenvertretung in einigen Fragen (z. B. Parteien- oder Parlamentskritik, Zusammenarbeit mit politischen Gruppen) nur einen begrenzten Spielraum hat — sei er nun gesetzlich festgelegt oder durch politische Einstellungen selbst auferlegt —, enthält die Lehrlingsarbeit Ansätze zum „Selberorganisieren“.

4. Die Lehrlingsarbeit ist „offener“ geworden. Zwar ist der Ursprung und die Basis eindeutig gewerkschaftlich orientiert. Die Frage, mit wem man zusammenarbeitet, wird jedoch nicht vorrangig nach Organisationszugehörigkeit oder ideologischer Bindung überprüft, sondern pragmatisch gelöst: Wer den Lehrlingen helfen will, kann mitmachen.

Gefahr der einseitigen Betonung von Lehrlingsinteressen

Es ist den Lehrlingsgruppen — mit unterschiedlichem Erfolg — gelungen, weitere Lehrlinge zu mobilisieren. Aber diese Gruppen müssen sich konkret fragen, wie die

Mobilisierung der Lehrlinge rriit dem Kampf der gesamten jugendlichen und erwachsenen Lohnabhängigen vermittelt werden kann. Die spektakulären Aktionen der letzten Zeit, die von den Lehrlingszentren ausgingen, sprachen fast alle ausschließlich Lehrlinge an. Wenn auch dabei verbal die Jungarbeiter und jungen Angestellten mitaufgerufen wurden, so darf das doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Charakter der Forderungen nicht geeignet war, Jungarbeiter zu mobilisieren und damit die gemeinsamen Bedingungen der Lage der jugendlichen Lohnabhängigen aufzuzeigen. Die Jungarbeiter erfahren nicht mehr eine schlechte Ausbildung, sie erfahren die Auswirkungen dieser Ausbildung.

„Daß nur 49% in den Berufen, für deren Erlernen sie drei Jahre lang unterbezahlt worden sind, arbeiten, also nicht einmal in den Genuß einer ihnen immer vorgegaukelten Entschädigung kommen, hat seinen Grund nicht nur darin, daß die Ausgebildeten in ihrer Lehrzeit zuviel gefegt oder Bier geholt haben, also nicht gezielt für ihren Beruf qualifiziert worden sind, sondern darin, daß sie für Arbeitsplätze ausgebildet worden sind, die es nicht mehr gibt, bzw. die es nicht in der Anzahl, in der dafür ausgebildet worden ist, gibt. Dieser Widerspruch zwischen Arbeitsplatzstruktur und Ausbildung, der die Lehrlinge viel existenzieller bedroht als ihre Unterdrückung während der Lehrzeit, macht es notwendig, die Interessen des Kapitals von beiden Seiten, sowohl von der Seite der Arbeitsplatzstruktur als auch von der Seite der Ausbildung anzugeben.“⁴⁾

In dem Maße, in dem die Lehrlingsgruppen sich in ihrem Kampf auf Lehrlingsprobleme beschränken, grenzen sie den Kreis der Jugendlichen ein, die sich durch die Aktionen politisieren lassen. Es gilt also, Strategien zu entwickeln und Forderungen aufzustellen, die geeignet sind, Jugendliche über den Kreis der Lehrlinge hinaus zu mobilisieren und die Solidarität älterer Arbeiter und Angestellter mit diesen Forderungen zu bewirken.

Natürlich muß man auch die Grenzen der Arbeit dieser Lehrlings- und Jungarbeiterzentren sehen. Diese Art Selbstorganisation ist geeignet, einen bestimmten Bewußtseinsprozeß einzuleiten: Aufzeigen verschiedener Unterdrückungsmechanismen im Betrieb und in der Gesellschaft an konkreten Konfliktfällen, Aufgreifen und Verallgemeinern der Mißstände im Betrieb durch das Erkennen der gesellschaftlichen Zusammenhänge, Abbau der Ohnmacht des einzelnen und Emanzipation in der Solidargemeinschaft. Das zu leisten ist schon sehr viel, vor allem für die Gruppen in ländlichen Gegenden, z. B. des Westerwaldes. Wie unterschiedlich die Ausgangssituationen für die Lehrlingszentren in Stadt und Land und deren gesellschaftliche Bedingungen sind, hat die Diskussion auf der ersten Koordinierungstagung der Lehrlingszentren am 13./14. Februar 1971 in Frankfurt gezeigt. In Hamburg ist der „Jour fix“ hervorgegangen aus der Konzeption eines „Jugendpolitischen Sofortprogramms“ der Gewerkschaftsjugend. Der Ausgangspunkt für die meisten später entstandenen Lehrlingszentren waren Fragebogenaktionen an Berufsschulen und Betrieben. In ländlichen Gegenden, wie z. B. in der Oberpfalz, waren es sogenannte „Polit-Beat-Partys“, über die Jugendliche für die politische Arbeit „geworben“ wurden. Die sozial-ökonomische Struktur der Bereiche, in denen Lehrlinge und Jungarbeiter politisch arbeiten, bestimmt wesentlich Inhalt, Methode und Zielsetzung der Aktionen dieser Gruppen.

Verhältnis zu den Gewerkschaften

Wenn auch nahezu alle Aktivitäten der Lehrlingsgruppen ihren Ursprung in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit haben, so ist das Verhältnis dieser Gruppen zu den Gewerkschaften für die Gruppen selber und auch für die Gewerkschaften noch ungeklärt. Die Tendenzen in diesen Gruppen reichen von gewerkschaftskonform über gewerkschafts-

4) Chr. Hübner, M. Liebel, Monika Reichelt, Politökonomische Bestimmung zur Lage der Arbeiterjugend im Kapitalismus und deren Bedeutung für die Entwicklung des Klassenbewußtseins, in: „Erziehung und Klassenkampf“, Heft 1, S. 23, Frankfurt 1971.

kritisch bis antigewerkschaftlich. Der größte Teil der Lehrlingsgruppen arbeitet informell in den Gewerkschaften oder doch „in ihrer Nähe“ oder versteht sich als „linke Fraktion in den Gewerkschaften“. Die Klärung des Verhältnisses hängt jedoch nicht von den Lehrlings- und Jungarbeiterzentren allein ab. Am Verhalten der Gewerkschaften selbst wird sich letztlich das Verhalten dieser Gruppen zu den Gewerkschaften entscheiden.

Hauptsächlich örtliche Gewerkschaften sahen anfangs mit Mißtrauen, z. T. auch mit Wohlwollen, der Entwicklung dieser „neuen Form gewerkschaftlicher Jugendarbeit“ entgegen. In dem Maße, in dem die Lehrlingsgruppen jedoch auch Betriebsräte, die nichts taugten, angriffen und auch nicht vor massiver Kritik an der örtlichen Gewerkschaftspolitik haltmachten, schlug das anfängliche Mißtrauen in vielen Orten in eine ablehnende Haltung allzu vieler Gewerkschaftsfunktionäre gegenüber der Arbeit der Lehrlingsgruppen um. Wenn z. B. Lehrlingsgruppen vor Betrieben und in der Öffentlichkeit Flugblätter verteilten, in denen nicht nur Mißstände beschrieben wurden, sondern auch die Namen der Betriebe genannt wurden, fühlten sich die betreffenden Betriebsräte nicht nur — zu Recht — kritisiert, sondern dadurch sahen sie auch ihr „gutes Einvernehmen“ mit den Unternehmern gestört.

Häufig liegt es aber auch an den Lehrlingsgruppen selbst, wenn sie zu schnell auf den Widerstand von Betriebsräten und Gewerkschaften stoßen. Oft diskutieren sie nicht einmal vorher mit Betriebsräten und Vertrauensleuten und den zuständigen Gewerkschaften über die Mißstände und Konflikte in den Betrieben. So sind dann Betriebsräte sauer, wenn sie erst über ein Flugblatt erfahren, was sich im Betrieb tut. Lehrlingsgruppen müssen begreifen, daß zur betrieblichen Praxis auch die Zusammenarbeit mit den älteren Lohnabhängigen, insbesondere mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, gehört. Die von ihnen aufgegriffenen Konflikte sind keine Generationskonflikte, sondern haben ihre Ursache in der kapitalistischen Produktionsweise. Insofern sind es Konflikte, die die ganze Arbeiterbewegung angeht; das müssen sowohl die Lehrlingsgruppen als auch die Gewerkschaften sehen.

„Die Gewerkschaften haben gegenwärtig die größte Massenbasis unter den Lohnabhängigen. Im Zuge der Klärung des Verhältnisses zu den Gewerkschaften müssen Lehrlingsgruppen daher Strategien entwickeln, die zum Ziel haben, die Basis der Gewerkschaftsjugend in der Gesamtorganisation zu verbreitern. Lehrlingszentren sollten die Grundlage der gewerkschaftlichen Jugendarbeit am Ort sein. Sie bieten Lehrlingen und Jungarbeitern die breiteste Organisationsmöglichkeit unterhalb bestehender gewerkschaftlicher Gremien. Sie können jedoch nicht eine verbindliche Organisationsform der Gewerkschaftsjugend sein, sondern eher ein spontanes Aktionsbündnis der abhängig arbeitenden Jugend am Ort.“⁵⁾

Lehrlingszentren sind keine ewig gültigen Modelle

Es wäre verkehrt und politisch kurzfristig, wollte man in der Arbeit der Lehrlings- und Jungarbeiterzentren die einzige Form gewerkschaftlicher Jugendarbeit sehen oder diese neue Form — und die neuen, bewußt antikapitalistischen Inhalte — als die für alle Zeiten gültige Arbeitsmöglichkeit ansehen. Diese Lehrlingsgruppen sind in einer bestimmten (oben beschriebenen) Situation entstanden. Schon jetzt unterliegen Methode und Inhalt der Arbeit dieser Gruppen einem Prozeß der Veränderung. In Hamburg z. B. hat sich die Funktion des „Jour fix“ völlig gewandelt. Gingen vorher alle Aktionen der Hamburger Lehrlinge von „Jour fix“ aus und war er auch jedesmal Träger der Aktionen, so ist der „Jour fix“ heute „nur noch“ Auffangstelle für Jugendliche, die durch Aktionen oder Veranstaltungen der Gewerkschaftsjugend oder mit Problemen ins Jugendheim kommen. Die Arbeit des Hamburger „Jour fix“ hat die Ortsjugendausschüsse der Gewerkschaften wieder aktiviert. So ist es eine logische Konsequenz, daß heute die

5) Dieter Hooge, Lehrlingszentren ohne Gewerkschaften?, in: express international, Nr. 118/1971.

Jugendgruppen und -ausschüsse der Gewerkschaften die Aktivitäten des „Jour fix“ fortsetzen.

In Baden-Württemberg und Hessen wird die Kombination von Jugendbildungsarbeit mit der praktisch-politischen Arbeit der Lehrlingsgruppen immer deutlicher. Der Bruch zwischen hier theoretischer und dort praktischer Arbeit wird zunehmend aufgehoben. In Mannheim z. B. wird darüber hinaus sehr eng mit den Vertrauensleuten verschiedener Betriebe zusammengearbeitet; dabei geht man bewußt von einer, wenn auch noch nicht exakt formulierten antikapitalistischen Strategie aus.

Zur Zeit arbeitet eine Projektgruppe des DGB-Bundesjugendausschusses mit Aktiven aus den Lehrlingsgruppen an einer Bestandsaufnahme der „neuen“ Form gewerkschaftlicher Jugendarbeit; sie will eine Konzeption auf der Grundlage dieser Bestandsaufnahme erarbeiten. Vor allem geht es dabei um eine optimale Kombination von kritischer Jugendbildungsarbeit und der praktisch-politischen Arbeit der Gruppen.

Die Arbeit der Gewerkschaftsjugend ist zunehmend politischer geworden. Gewerkschaftliche Jugendarbeit orientiert sich mehr und mehr an den konkreten Problemen und Bedürfnissen der lohnabhängigen Jugend. In den informellen Lehrlings- und Jungarbeitergruppen herrscht das Bewußtsein vor, daß an der Arbeit in und mit den Gewerkschaften kein Weg vorbei geht.